Antrag

der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, FDP

Der Bundestag wolle beschließen:

Entwurf eines Gesetzes zur Ergänzung des Gesetzes zur Anderung von Vorschriften des Fideikommiß- und Stiftungsrechts

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

In das Gesetz zur Änderung von Vorschriften des Fideikommiß- und Stiftungsrechts vom 28. Dezember 1950 (Bundesgesetzbl. S. 820) wird nach § 2 folgender § 2 a eingefügt:

"§ 2 a

Hat eine nach deutschen Rechtsvorschriften gebildete Stiftung des bürgerlichen Rechts am 8. Mai 1945 ihren Sitz außerhalb des Geltungsgebietes dieses Gesetzes gehabt und hat sie im Geltungsbereich dieses Gesetzes Vermögensgegenstände, so kann die sachlich zuständige Oberste Landesbehörde des Landes, in dem sich Vermögensgegenstände befinden, die Aufsichtsbefugnisse ausüben. Sie kann hierbei alle Maßnahmen treffen, die sie für notwendig hält, um die Stiftung aufrechtzuerhalten oder fortzusetzen. Insbesondere kann sie den Sitz der Stiftung verlegen, ohne an Bestimmungen der Satzung

gebunden zu sein. Die Oberste Landesbehörde kann die Ausübung der Befugnisse auf eine andere Behörde übertragen."

Artikel 2

Hat eine Behörde vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes Maßnahmen getroffen, für die sie erst auf Grund des § 2 a des Gesetzes zur Änderung von Vorschriften des Fideikommiß- und Stiftungsrechts zuständig geworden ist, so sind diese auch dann wirksam, wenn sie vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes getroffen worden sind.

Artikel 3

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin.

Artikel 4

Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Bonn, den 7. Juni 1967

Dr. Barzel und Fraktion Schmidt (Hamburg) und Fraktion Freiherr von Kühlmann-Stumm und Fraktion